

STAATSARCHIV HAMBURG

213-13 Landgericht Hamburg -
Wiedergutmachung

5085


REGIS GmbH

Art.-Nr. 37160-HAM3
Einschlagmappe gemäß ISO 16245

Oberfinanzdirektion Hamburg

O 5210 - H 40 - V 115 d

Es wird gebeten, dieses Geschäftszeichen, den Tag und Gegenstand dieses Schreibens in der Antwort anzugeben!

Eingegangen

18. AUG. 1951

(24a)

Hamburg 11, 14. August 1951

Rödingsmarkt 83 / Fernsprecher 34 10 04

An das
Wiedergutmachungsamt beim Landgericht Hamburg
H a m b u r g

Betr.: Rückerstattungssache Carla Betty Line Heilbut

Bezug: dort. Schreiben v. 27.7.1951 Akt.-Zeich. III/241592

Anlagen: 2

Zu dem Bezugsschreiben nehme ich wie folgt Stellung:

1) Bankguthaben

Bei der Oberfinanzkasse Hamburg sind als Eingänge, die vermutlich aus Bankguthaben herrühren, folgende Beträge eingegangen:

Am 26.6.1943	5019,-- RM
" 18.6.1943 von Max Heinemann	420,-- "
	<u>5439,-- RM</u>

Mit entsprechenden RM-Feststellungsbeschlüssen bin ich einverstanden.

2) Umzugsgut.

Vom Gerichtsvollzieher Gerlach AG sind am 12.4.1943 bei der Oberfinanzkasse 258,35 RM für die Berechtigte eingegangen. Der Bruttoversteigerungserlös betrug 275,50 RM.

Ich bin mit folgendem Beschluß einverstanden:

"Es wird festgestellt, daß

- a) der Antragsgegner verpflichtet ist, der Antragstellerin wegen Entziehung von Vermögenswerten - wie unten angegeben - Schadenersatz gemäß Art. 26 Abs. 2 REG zu leisten,
- b) der Schaden wie weiter unten angegeben zu beziffern ist,
- c) der Schaden an dem ebenfalls unten angegebenen Tage eingetreten ist.
 - a) Hausstand
 - b) 600,-- RM
 - c) 12.4.1943

Die Berechtigte ist verpflichtet, ihre Ansprüche gegen die Besitzer der entzogenen Gegenstände an das Deutsche Reich abzutreten."

Mit dieser Abtretung soll lediglich der berechtigte Zweck verfolgt werden, Doppelerstattungen an die Antragstellerin und Regreßansprüche der Besitzer gegen das Deutsche Reich zu vermeiden. Diese können entstehen, wenn die Antragsteller neben der Feststellung der Schadenersatzansprüche gegen das Deutsche Reich als unmittelbaren Entzieher auch noch Ansprüche auf Naturalherausgabe gegen die Besitzer der entzogenen Gegenstände geltend machen würde.

3) Judenvermögensabgabe

Nach einer Auskunft des Finanzamts Hamburg-Rechtes Alsterufer vom 19.7.1951 können keine Feststellungen über die Judenvermögensabgabe getroffen werden, da Unterlagen nicht vorliegen. Auch die Devisenstelle hat keine Vorgänge. Die Berechtigte macht 2750,-- RM für gezahlte Judenvermögensabgabe geltend.

Es wird daher um Angabe gebeten, an welcher Finanzamt und evtl.

✓
3. Jan. 1951
4. Januar
Uw 79

Ausgefertigt am

Gelesen am

Abgesandt am

12.9.51 Lr.
13. SEP. 1951

durch welche Bank usw. die Abgabe entrichtet wurde.
Ich bitte vorsorglich um Zurückweisung bezgl. dieses Anspruchs.

Im Auftrag
gez. Korf



Beglaubigt

Zollinspektor

[Handwritten signature]

M. Samson
Hans Seidl
Rechtsanwälte
Hamburg 1, Ferdinandstr. 75
Telefon: 32 71 87
Bankkonto: Nordd. Bank in Hamb.
Postcheck: Hamburg 41 71
beides u. Dr. M. Samson u. Seidl

Hamburg, den 15. Februar 1952
Dr.S./M.

An das
Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht Hamburg

-III/Z 1592 - 1 -

61 für WA 142
Lk. 11.3.93
Lk. 11.3.93

Eingegangen

18. FEB. 1952



ausgefertigt am 3.3.52
abgegeben am 4. März 1952
mit

Schriftsatz
in Sachen

Carla Heilbut
/RAe.Dr.M.Samson & Seidl/

gegen

Deutsches Reich

Zu der Frage des Hausrats erklärt sich die Antragstellerin mit einem Schadensersatz in Höhe von RM 600.-- nicht einverstanden. Es handelte sich nicht um einen eigentlichen Hausrat, sondern um eine Wäscheausstattung, und im einzelnen mit folgenden Gegenständen:

1 Singer Nähmaschine, (die 1938 neu gekauft war und nach fester Erinnerung der Antragstellerin

RM 400.--

gekostet hatte.)

1 Schneidermantel

" 140.--

1 dto.

" 80.--

1 Schneiderkostüm

" 75.--

2 Daunensteppdecken

" 120.--

zusammen

RM 815.--
=====

An Wäsche

1 Dtzd. linnene Betttücher

1 " " Bettbezüge

2 " " Kissenbezüge.

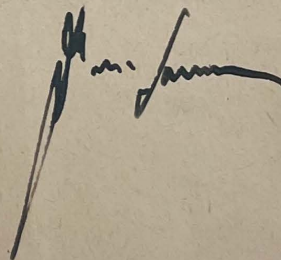
Des genauen Kaufpreises dieser Wäsche aus der damaligen Zeit erinnert sich die Antragstellerin nicht mehr, jedoch war der Mindestpreis für solche Wäsche RM 700.--.

Hinzu kommen noch Schürzen und andere kleinere Gegenstände, von deren Bewertung die Antragstellerin absehen will.

Sie ist bereit, die eidesstattliche Versicherung abzugeben, dass die vorbezeichneten Gegenstände in dem Umzugsgut enthalten waren, wie dies auch im wesentlichen aus dem Versteigerungsprotokoll hervorgeht. Wenn ein Bettuch für einen Preis von RM 4.-, ein Bettbezug für einen Preis von 7,50 versteigert ist, so sind die Sachen so gut wie verschenkt. Dass die Sachen im guten Zustand waren, geht daraus hervor, dass die defekte Wäsche am Schlusse des Protokolls gesondert aufgeführt ist. Die Nähmaschine sowie die Mäntel und das Kostüm sind in dem Protokoll überhaupt nicht aufgeführt, haben also wahrscheinlich auf andere Weise Liebhaber gefunden.

Die Antragstellerin macht einen Schadensersatz in Höhe von RM 1.500.- geltend und beantragt einen entsprechenden Feststellungsbeschluss.

Der Rechtsanwalt



Dieser Beschluß ist rechtskräftig. (28.12)
Hamburg, den 11. OKT. 1952

7

Die Geschäftsstelle
Landgericht Hamburg
1. Wiedergutmachungskammer.

1 Wik. 196/52.
III Z. 1592 - 1 -

Ausf. z. Zust./Absende
ab am 12/6.52.

2 x Part.
1 x Landgericht
- Greve

Beschluß.

✓ 6. Juni 1952
Bo

In der Rückerstattungssache
der Carla Betty Line Heilbut,
London N.W.2, 5 Hoveden Road,

Antragstellerin,

Bevollmächtigte: Rechtsanwalt Rechtskraftzeugnis
Dr. Samson, H. Seidl, Hamburg ist der a. Illusion (Vorr.)
gegen aus Grund Zust. Urk. v.
d. Besch. d. Urkds. B. d. Hans. Oberl.
Ger. (§ 706.2 ZPO.) v. 17.9.52
u. d. Sekr. d. Board of Review v. 3.10.52

das Deutsche Reich, 11. OKT. 1952 Greve
vertreten durch die Hansestadt Hamburg,
Finanzbehörde,

Verfahrensvertreter: 18.6. überfinanzdirektion
Hamburg 11, Rödingsmarkt 83,
- Az. O 5210 - H 40 - V 115 d -

Antragsgegner,

hat das Landgericht Hamburg, 1. Wiedergutmachungs-
kammer nach mündlicher Verhandlung durch die
Richter

1. Landgerichtsdirektor Dr. Joost,
2. Assessor Dr. Schmidt-Räntsch,
3. Assessor Dr. Schröer

am 21. Mai 1952 beschlossen:

Es wird festgestellt, dass der Antrags-
gegner verpflichtet ist, der Antragstellerin
für den Verlust von Hausrat (eine Partie Wäsche)
im Werte von 600,-- RM Ersatz zu leisten

Tag der Entziehung: 9. März 1943.

Der weitergehende Anspruch wird zurückge-
wiesen.

Die Entscheidung ergeht gerichtskostenfrei

Außergerichtlich

Rechtskraftzeugnis

ist der Ort, der
am 23. Okt. 1952

am 23. Okt. 1952

Greve

Form B

gef. 2/9.52

Greve

Außergerichtliche Kosten werden nicht
erstattet.

G r ü n d e .

Die Antragstellerin war jüdische Mitbürgerin mit dem Wohnsitz in Hamburg. Sie entschloss sich im Jahre 1939 angesichts der sich ständig verschärfenden Verfolgungsmaßnahmen gegen die Juden zur Auswanderung und brachte eine Partie Wäsche und, wie sie behauptet, auch folgende Gegenstände:

- 1 Singer Nähmaschine,
- 1 Schneidermantel,
- 1 Schneidermantel,
- 1 Schneiderkostüm,
- 2. Daunensteppdecken

zum Zwecke der Versendung ins Ausland zur Verschiffung. Infolge Kriegsausbruchs haben diese Gegenstände die Antragstellerin nicht mehr erreicht, sondern sind im Hamburger Freihafen zunächst eingelagert und im Jahre 1943 durch den Gerichtsvollzieher Gerlach auf Anweisung des Oberfinanzpräsidenten - Vermögensstelle - gemäss Protokoll vom 9./10. März 1943 versteigert worden. Diese Versteigerung, die sich ausweislich des Protokolls auf den Posten Wäsche bezieht, brachte einen Bruttoerlös von 275,50 RM.

Die Antragstellerin hat frist- und formgerecht Rückerstattungsansprüche geltend gemacht und behauptet, daß der fragliche Posten Wäsche mindestens einen Wert von 700,-- RM gehabt habe, und daß sich die Wäsche, abgesehen von einem kleinen Teil am Schluss des Protokolls aufgeführten Posten, in absolut einwandfreiem Zustande befunden habe. Die Antragstellerin trägt ferner vor, dass die übrigen von ihr zur Versendung gebrachten Gegenstände, die ebenfalls nur versteigert worden sein könnten, insgesamt einen Wert von 815,-- RM gehabt hätten. Diesen Betrag habe sie ihrer Erinnerung nach für die Anschaffung dieser Sachen aufgewandt.

Sie

Sie beantragt,

die Schadensersatzpflicht des Antragsgegners
in Höhe von 1.500,-- RM festzustellen.

Der Antragsgegner hat der Feststellung seiner Schadensersatzpflicht in Höhe von 600,-- RM nicht widersprochen, im übrigen aber geltend gemacht, dass sich hinsichtlich des Verlustes der zuletzt genannten Gegenstände irgendwelche Unterlagen über den Verbleib und die Verwertung nicht hätten beschaffen lassen. Er widerspricht seiner Verpflichtung zur Rückerstattung in weiterem Umfange als von ihm anerkannt.

Die Kammer hat den Parteien in mündlicher Verhandlung Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Der Schadensersatzanspruch der Antragstellerin ist in dem genannten Umfange gemäß Art. 26 Abs. 2 REG. begründet. Die Versteigerung der der Antragstellerin gehörigen Partie Wäsche auf Antrag des Oberfinanzpräsidenten, Vermögensstelle, stellt, wie keiner näheren Ausführungen bedarf, eine Entziehungshandlung im Sinne des Rückerstattungsgesetzes dar. Demgemäss hat der Antragsgegner seine Verpflichtung zur Rückerstattung nicht bestritten.

Zweifelhaft erschien aber die Höhe, in der der Antragstellerin ein Schadensersatzanspruch zuerkannt werden konnte. Mit der Antragstellerin ist davon auszugehen, dass der in der Versteigerung erzielte Bruttoerlös von 275,50 RM erheblich unter dem wirklichen Wert der Gegenstände im Zeitpunkt ihrer Entziehung liegt. Erfahrungsgemäss werden bei Versteigerungen nur in seltenen Fällen der volle Wert einer Sache erzielt. Der der Antragstellerin zuerkannte Schadensersatzanspruch in Höhe von 600,-- RM beträgt etwas mehr als das Doppelte des Bruttoversteigerungserlöses. Es entspricht der ständigen Übung der ^{Ordnung} ~~entsprechenden~~ Kammern, der Bemessung des Umfanges des Schadensersatzanspruches etwa den 1 1/4-2fachen, in Ausnahmefällen den 2 1/2fachen Betrag des Bruttoversteigerungserlöses zu Grunde zu legen. Es kann unbedenklich von der Behauptung der Antragstellerin ausgegangen werden, dass ihre Wäsche im Zeitpunkt der Entziehung noch in

sehr

sehr gutem Zustande gewesen ist. Diese Behauptung wird erhärtet durch das Protokoll des Gerichtsvollziehers über die Versteigerung. Dort ist, soweit es sich um defekte Wäsche handelte, diese ausdrücklich als solche bezeichnet und hat lediglich einen Versteigerungserlös von 4,-- RM erbracht, die übrige Wäsche hingegen einen solchen von 271,50 RM. Die Kammer hat daher keine Bedenken getragen, einen höheren als den durchschnittlichen Vervielfältigungssatz anzuwenden und hat der Antragstellerin daher einen Betrag als Schadensersatz zuerkannt, der noch rund 10% höher liegt, als der doppelte Betrag des Bruttoversteigerungserlöses. Ein weitergehender Feststellungsbetrag könnte aber der Antragstellerin nur in dem Falle zuerkannt werden, wenn es sich um völlig neue und ungebrauchte Wäsche gehandelt hat. Das ist nach ihrer eigenen Einlassung nicht der Fall gewesen.

Was die weiteren Gegenstände anbetrifft, die die Antragstellerin ihrer Behauptung nach durch Versteigerung verloren haben will, nämlich die Nähmaschine, 2 Schneidermäntel, 1 Schneiderkostüm und 2 Daunensteppdecken, so hat sich der Verbleib dieser Gegenstände nicht aufklären lassen. Ein Versteigerungsprotokoll konnte nicht beigebracht werden. Es erscheint daher zweifelhaft, ob diese Gegenstände überhaupt zur Versteigerung gelangt sind. Denn es ist nicht anzunehmen, dass ein Protokoll über eine etwaige Versteigerung verloren gegangen ist, wenn es überhaupt vorhanden gewesen wäre. Die Antragstellerin ist grundsätzlich für die Höhe des ihr entstandenen Schadens beweispflichtig, da insoweit keine gesetzliche Vermutung zu ihren Gunsten spricht. Diesen Beweis ist sie schuldig geblieben, und zwar auch unter Berücksichtigung der Vorschriften des Art. 41 Abs. 2 REG. Denn es ist nicht ausgeschlossen, dass die übrigen Gegenstände auf irgend eine andere Weise abhanden gekommen sind, zum Beispiel durch Beraubung, durch Verderb oder Vernichtung, sodass sich ihr Verbleib heute nicht mehr aufklären lässt. Den Nachteil der Beweislosigkeit muß

die

die Antragstellerin tragen. Ihr konnte daher insoweit ein Schadensersatzanspruch nicht zuerkannt werden.

Die Kostenentscheidung beruht auf Art. 63 REG.

L. ... *Helmut Reinhold* *Dr. Thron*

In bezeichneter Rechtsangelegenheit ist bis
zum 15. Sept. 1952 einschl.
eine Rechtsmittelschrift bei dem Hanseati-
schen Oberlandesgericht nicht eingereicht
worden. Hamburg, den 17. Sept. 1952
Die Geschäftsstelle
des Hanseatischen Oberlandesgerichts



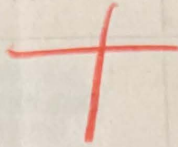
W. ...
Justizinspektor

Gerlach
Gerichtsvollzieheramt.

Abteilung V.

In allen Eingaben in
dieser Sache ist die nachstehende
Geschäftsnummer anzugeben.

Abschrift.



Geschäftsnummer:

Hamburg, den **9/10. März**

193**43.**

6 D. R.
Nr. 333 /19**42.**
Lgb. C. Nr. 105.

Auf Antrag des **Oberfinanzpräsidenten Hamburg, Vermögensverwertungs-**
stelle, betr. Versteigerung der eingelieferten Kiste der Karla
Heilbuth, beim Andreasbrunnen 3, ab Lager Harry W. Hamacher
- Akts.: H. 47 -

ist auf heute Termin zur öffentlichen Versteigerung d. umstehend bezeichneten Pfand d.
d.

gehört d. Auftragsteller für eine Forderung gegen d.

von dem d. mit d. Kosten hatte gemäß S.

in den Versteigerungshallen des **Gerichtsvollzieheramts** Drehbahn 36, —

anberaumt.

Zeit und Ort der Versteigerung sind unter allgemeiner Bezeichnung der zu versteigernden Sachen
durch Veröffentlichung im hiesigen **„Amtlichen Anzeiger“**, „Hamburger Fremdenblatt“, „Hamburger
Tageblatt, „Hamburger Echo“, in den „Hamburger Nachrichten“ in der „Hamburger Volkszeitung“
öffentlich bekannt gemacht worden.

Nachdem sich eine Anzahl kauf lustiger Personen eingefunden hatte, wurde diesen eröffnet:

1. Die zur Versteigerung gelangenden Gegenstände werden **freiwillig** als Pfand verkauft.
 2. Bei der Versteigerung kommt der Vertrag erst mit dem Zuschlag zustande. Ein Gebot erlischt, wenn ein Übergebot abgegeben oder die Versteigerung ohne Erteilung des Zuschlags geschlossen wird. Dem Zuschlag an den Meistbietenden geht ein dreimaliger Aufruf voraus.
 3. Die Ablieferung der zugeschlagenen Sache an den Meistbietenden erfolgt sofort nach erteiltem Zuschlage gegen bare Zahlung.
 4. Wird das Kaufgeld nicht sogleich bezahlt, so wird die betreffende Sache anderweit versteigert; der Meistbietende wird zu einem weiteren Gebot nicht zugelassen; er haftet für den etwaigen Ausfall, auf den Mehrerlös hat er keinen Anspruch.
 5. Der Meistbietende hat ein Kavelingsgeld in Höhe von **15** % des Kaufpreises zu zahlen.
- Sodann wurde mit der Versteigerung verfahren, wie folgt:

Nr.	Bezeichnung des Gegenstandes	Name des Erstehers	Meistgebot		6% Kave- lingsgeld		Bemerkungen
			R.M.	Pf.	R.M.	Pf.	
1	2 Kisten	Gehrken	1	-	-	15	
2	1 Koffer	Sander I	2	-	-	30	
3	2 Bettücher	Dohrmann	3	-	-	120	
4	2 dto.	Dohrmann	3	-	-	120	
5	2 dto.	Ruhnert	3	-	-	120	
6	2 dto.	ders.	3	-	-	120	
7	2 dto.	Ruhnert	3	-	-	120	
8	2 Kissenbezüge	Ille	6	-	-	90	
9	2 dto.	Dohrmann	6	-	-	90	
10	2 dto.	ders.	6	-	-	90	
11	2 dto.	Mundt	6	-	-	90	
12	2 dto.	ders.	6	-	-	90	
13	2 dto.	ders.	6	-	-	90	
14	2 Bettbezüge	Dohrmann	15	-	-	225	
15	2 dto.	Idersx Ostberg	15	-	-	225	
16	2 dto.	Ille	15	-	-	225	
			124	-	-	1860	

Nr.	Bezeichnung des Gegenstandes	Name des Erstehers	Meistgebot		6 % Kauflingsgelb		Bemerkungen
			R.M.	Pf.	R.M.	Pf.	
		Übertrag :	124	-	1860		
17	2 Bettbezüge	Dohrmann	15	-	225		
18	1 Steppdecke	Behnle	60	-	9-		
19	9 Küchentücher	Schultze	6	-	90		
20	9 dto.	Dohrmann	3	-	45		
21	1 Steppdeckeninlett	Knier	8	-	120		
22	1 unf. Kleid	Anunu	2	-	30		
23	5 Handtücher	Dohrmann	4	50	65		
24	4 Handtücher						
25	1 Partie Flicker, Stoff- reste pp.	Lohse	2	50	35		
26	1 Stickrahmen, div. Bücher pp.	Melcher	1	50	20		
27	1 P. Schuhe	Bernady	1	50	20		
28	1 Fototasche, 1 Vase	Ingwersen	2	-	30		
29	1 Ankleidepuppe	ders.	2	-	30		
30	3 Handtücher	Wagner	1	50	20		
31	2 Bettbezüge	Landau	15	-	225		
32	2 Bettbezüge, 2 Bettlaken	Schleiff	23	-	345		
		Übertrag:	271	50	4060		

Nr.	Bezeichnung des Gegenstandes	Name des Erstehers	Meistgebot		6 % Kave- lingsgeld		Bemerkungen
			R.M.	Pol.	R.M.	Pol.	

		Übertrag:	271	50	40	60	
33	1 Partie Wäsche, def.	Boberg	4	-		60	

275 50 41 20 a. v.

Die Meistbietenden hatten sich vor Schluß des Versteigerungstermins entfernt.

Beglaubigt:

gez: Gerlach
Gerichtsvollzieher.

gez: Ebert II
Protokollführer.



Beglaubigt:

[Signature]
Justizinspektor.